



Democracy and Europe's 20th Century: Cultural and Intellectual Histories. Sean Forner, Michigan State University / Humboldt-Universität zu Berlin; Thomas Mergel, Humboldt-Universität zu Berlin, 10.05.2013-11.05.2013.

Reviewed by Daniel Münzner

Published on H-Soz-u-Kult (June, 2013)

Democracy and Europe's 20th Century: Cultural and Intellectual Histories

Das 20. Jahrhundert gilt als das „Zeitalter der Extreme“ und mit den zwei in Europa entfesselten Weltkriegen als eine Epoche unvorstellbarer Gewalttaten, die gerade in den letzten Jahren wieder in den Fokus gerückt sind. Ob Nationalsozialismus oder Stalinismus – die historische Gewaltforschung hat Konjunktur. Dem entgegen haben Sean Forner und Thomas Mergel „Demokratie“ als Interpretationsrahmen für ein europäisches 20. Jahrhundert gestellt. Demokratie, so Forner in seiner Einführung, habe das vergangene Jahrhundert geprägt, weil nach der Mobilisierung der Völker und Nationen durch den Ersten Weltkrieg eine Demobilisierung und Entpolitisierung im Frieden nicht mehr möglich war. Was Demokratie genau bedeutete, wer sie für sich in Anspruch nehmen durfte, sei dabei von Anfang an umkämpft gewesen. Diese Kämpfe wurden auf der Tagung historisiert und zugleich weiter ausgefochten.

Zunächst gaben Martin Conway und Paul Nolte einen Überblick über die Debatten zur Demokratie und die Entwicklungen im 20. Jahrhundert. MARTIN CONWAY (Oxford) interpretierte dabei das 20. Jahrhundert als eine Abfolge von „democracy wars“, wie dem Ersten Weltkrieg oder dem Spanischen Bürgerkrieg, in denen die Europäer um die Demokratie gerungen hätten. In seiner Untersuchung zur Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges betonte er, dass nicht „Demokratie“, sondern „Stabilität“, „Freiheit“ oder „Heimat“ die politischen Leitbegriffe gewesen wären. Daher warnte er vor essentialistischen und moralisierenden Betrachtungsweisen und schlug unter dem Stichwort „doing de-

mocracy“ vor, jeweils zu analysieren, wie „Demokratie“ zeitgenössisch verstanden, konstruiert und erfahren wurde.

PAUL NOLTE (Berlin) verwies darauf, dass über die Demokratie noch immer in Form großer Meistererzählungen geschrieben werde, etwa als „Erfolgs- und Erlösungsgeschichte“ in der Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik Deutschland, als links-pessimistische Verfallsgeschichte (Colin Crouch) oder als liberal-eudämonistischer Siegeszug (Samuel Huntington) in der Politikwissenschaft. Er plädierte dafür, sich von solchen eindimensionalen Narrativen zu lösen und die Geschichte der Demokratien als unbestimmte Suche und zugleich als permanente Kontroverse zu deuten. Denn die Auseinandersetzung mit sich selbst sei ein Kernelement demokratischen Denkens, gerade auch der „post-classical democracy“, die sich endgültig in den 1970er-Jahren etabliert habe. Diese neue Erscheinungsform kennzeichne eine Erweiterung demokratischer Praxis (durch bürgergesellschaftliches Engagement oder supranationale Strukturen wie die Europäische Union (EU)) und die Entwertung der klassischen Institutionen.

Durch die darauf folgenden Interventionen wurden die ideengeschichtlichen Ansätze der ersten beiden Referenten kritisch beleuchtet. Demokratie lasse sich weniger durch Herrschaft des besseren Arguments oder eine Diskursethik verstehen als vielmehr durch die Lebensstile, Emotionen und Einstellungen der Bevölkerung, erklärte TILL VAN RAHDEN (Montréal / Kanada).

Die âgeglÄ¼ckte Demokratieâ Edgar Wolfrum, Die ge- glÄ¼ckte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren AnfÄ¼ngen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; vgl. die Rezension von Konrad H. Jarausch, in: H-Soz-u-Kult, 01.06.2006, (10.06.2013). der Bundesrepublik wÄ¼re in der zeitgenÄ¼ssischen Wahrnehmung der NachkriegsÄ¼ra vielmehr eine âunbehol- fene Demokratieâ gewesen, in der ein allgegenwÄ¼rtiges Verlangen nach NormalitÄ¼t die FragilitÄ¼t der politi- schen Kultur, Misstrauen und Skepsis nur unzureichend Ä¼berdecken konnte.

MICHAL KOPEÄEK (Prag / Jena) untersuchte das VermÄ¼chtnis der Dissidenten in Ostmitteleuropa. Diese VorkÄ¼mpfer fÄ¼r die Demokratie im Staatssozialismus seien nach 1989 zumeist frÄ¼h aus der Politik ausgestie- gen. Sie intervenierten aber heute in die Ä¼ffentlichen Debatten, die sich mehr um nationale IdentitÄ¼ten als um die Demokratie selbst drehten. Dabei sei ein seman- tischer Kampf um die Vergangenheit zu beobachten, bei dem Linke und Konservative versuchten, den Gegner mit einer totalitÄ¼ren, kommunistischen Vergangenheit in Verbindung zu bringen und zu diskreditieren.

PAULA DIEHL (Berlin) erlÄ¼uterte in ihrem Referat, dass Populismus eine der Demokratie innewohnende Er- scheinung sei, die allerdings von faschistischen Bewe- gungen aufgegriffen wurde. Populismus verschiebe die politische ReprÄ¼sentation auf einen FÄ¼hrer, das Volk bleibe allerdings der eigentliche SouverÄ¼n. Erst im Fa- schismus sei der Wille des FÄ¼hrers dem Volkswillen Ä¼bergeordnet. Trotz vieler Ä¼hnlicher Motive in Kom- munikation, Ideologie, Organisation und Feindbild lasse sich Ä¼ber das VerhÄ¼ltnis des FÄ¼hrers zum Volk Po- pulismus vom Faschismus abgrenzen.

HARALD BLUHM (Halle) interpretierte die Ge- schichte der Demokratie als dramaturgisches Handeln. Untersuche man, wie politische Akteure ihre Handlun- gen unter gegenseitiger Analyse und Beobachtung des Publikums performativ gestalteten, ergÄ¼ben sich drei verschiedene Erscheinungsformen. Die âoligarchischen Demokratienâ mit einer bÄ¼rgerlichen Ä¼ffentlichkeit wÄ¼ren am Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Mas- sendemokratien abgelÄ¼st worden, welche durch Mas- senparteien, Gewerkschaften und andere GroÄorganisa- tionen, Rundfunk, Film und Fernsehen gekennzeichnet waren. Letztere habe sich zu einer âpostmodernen Mas- sendemokratieâ mit vÄ¼llig neuen PrÄ¼sentations- und Inszenierungsformen weiterentwickelt, die dem Konzept der âpost-classical democracyâ von Paul Nolte Ä¼hnelte.

Im zweiten Teil der Konferenz sollten thematisch ge-

bÄ¼ndelte Analysen das Tagungsthema vertiefen. Un- ter dem Stichwort âRahmenâ wurde zunÄ¼chst nach den Grenzen der Volksherrschaft und ihren inneren Wi- dersprÄ¼chen gesucht. MARKUS PAYK (Berlin) legte dar, dass die Idee der ânational self-determinationâ und der âWilsonian Momentâ Erez Manela, The Wilsoni- an Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism, Oxford 2007; vgl. die Rezension von Katja Naumann, in: H-Soz-u-Kult, 20.03.2009, (10.06.2013). â die Autonomiebestrebungen der VÄ¼lker nach dem Ersten Weltkrieg â auf kalku- lierten Fehlwahrnehmungen der Ä¼nderungen des US- PrÄ¼sidenten Woodrow Wilson beruht hÄ¼tten. Dieser habe fÄ¼r eine Gemeinschaft selbstbestimmter Staaten gekÄ¼mpft, nicht aber fÄ¼r eine VerÄ¼nderung von na- tionalen EntitÄ¼ten anhand von kulturellen oder sprach- lichen Kriterien. Zugleich projizierte Wilson individu- elle, menschliche Charaktermodelle auf Kollektive wie BevÄ¼lkerungsgruppen, Staaten und Regionen. Koloni- en blieben in seinem VerstÄ¼ndnis als infantile Territo- rien abhÄ¼ngige Organisationsstrukturen. Payk erblick- te darin ein generelles Motiv der Versailler Friedensord- nung, die nach dem Verschwinden monarchischer Sou- verÄ¼ne die Welt âin neue Bilder zu fassenâ und mittels Metaphern von personifizierten Staaten zu ordnen such- te.

CELIA DONERT (Liverpool) berichtete Ä¼ber staats- sozialistische Versuche, auf internationaler Ebene fÄ¼r Frauenrechte einzutreten, was fÄ¼r das Selbstvers- tÄ¼ndnis westlicher Demokratien eine fortwÄ¼hrende Herausforderung darstellte. Nach dem Zweiten Welt- krieg galt der Kampf fÄ¼r die Rechte von Minderhei- ten und Frauen als sozialistisch und wurde im Westen zum âfinal contest for democracyâ. Die Entwicklung der Frauenrechte Westeuropas und Nordamerikas wurde da- bei auch von der vorbildhaften Situation im Osten voran- getrieben. In diesem Sinne bedeutete der Siegeszug des Parlamentarismus und der freien Wahlen in den postso- zialistischen LÄ¼ndern zugleich einen RÄ¼ckschritt aus feministischer Sicht.

Etwas sehr weitgefasst wirkte der Fokus in der Sekti- on âRÄ¼umeâ, in der zunÄ¼chst TIM B. MÄLLER (Ham- burg) die Wirtschaftsverwaltung der Weimarer Republik in den Blick nahm. Sehr lange seien die Eliten der Zwi- schenkriegszeit vor allem in Bezug auf ihre antidemokra- tischen Ideen gedeutet worden. Dem gegenÄ¼ber gel- te es, deren demokratische Potenziale stÄ¼rker sicht- bar zu machen. Die von MÄ¼ller untersuchten Wirt- schaftsbeamten entstammten zumeist der SPD und der DDP und suchten schon vor der Zeit des Keynesianismus

Sozial- und Wirtschaftspolitik zu integrieren sowie durch den Abbau sozialer Ungleichheiten das parlamentarische System zu stabilisieren.

PHILIPP NIELSEN (Berlin) zeigte mit seiner Analyse der Haushaltsverhandlungen des Deutschen Bundestages in den 1950er- und 1960er-Jahren, wie dort demokratische Praxis ausgehandelt wurde. Die Parteien stritten nicht allein um ihre Differenzen, sondern auch darum, wie diese legitim artikuliert werden konnten. Respektvolle und verständliche Sprache und die ausführliche Diskussion sollten dabei die Legitimität des Kompromisses herstellen. Immer stärker wurden verfahrenstechnische Fragen gegenüber den Inhalten diskutiert.

SUSANNE SCHREGEL (Weimar) untersuchte die Demokratiekonzeptionen im alternativen Milieu der Bundesrepublik in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren. Für deren Demokratieverständnis sei ein Rückbezug auf den lokalen Raum – etwa die Freie Republik Wendland – charakteristisch gewesen. Hier sollte „echte“ Demokratie praktiziert und die Vernetzung mit anderen derartigen Zonen vorangetrieben werden. Durch alternative Geografien würde eine gewandelte Gesellschaft entstehen; Besetzungen und Häufungen von Widerstand waren damit Teil einer neuen demokratischen Idee. Damit einher sei ein neuer Machtbegriff gegangen, der Emotionalität, Solidarität und Subjektivität in sich vereinte und mit dem sich die AktivistInnen gegen die von oben wirkende, destruktive Macht des Atomstaates abgrenzten.

Zuletzt wurden in Rückkehr zur Ideengeschichte verschiedene „Visionen“ des Demokratischen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts diskutiert. Anhand der vom Deutschen Gewerkschaftsbund in den 1950er-Jahren organisierten Europäischen Gespräche untersuchte SEAN FORNER (East Lansing / Berlin) die Debatten um betriebliche Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, die sich gegen die „Managerherrschaft“ und die „formale Demokratie“ der Adenauer-Republik richteten. Wie Forner zeigte, gab es in den 1950er-Jahren nicht nur konservativ dominierte, latent antidemokratische Debatten über Massengesellschaft und Entfremdung, sondern auch intellektuelle Ansätze, die Demokratie weiterzuführen, die als Vorläufer des Paradigmas der 1960er von der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ gedeutet werden können.

JOHANNES GROßMANN (Tübingen) widmete sich den Traditionen konservativer und antidemokratischer Intellektueller in der Bundesrepublik, die sich im Think Tank der Abendländischen Akademie zusam-

menfanden. Nach öffentlicher Kritik an den Umtrieben von Regierungsvertretern wie Außenminister Heinrich von Brentano traten die gescholtenen Konservativen die „Flucht nach Europa“ an. Mit der Gründung des vom faschistischen Spanien finanzierten Centre Européen de Documentation et d'Information (CEDI) und des Institut d'Études Politiques in Liechtenstein begannen die Abendländer ihre Wandlung hin zum Neoliberalismus. Thatcher'scher Prägung und versöhnten sich damit zumindest partiell mit der parlamentarischen Demokratie.

Abschließend diskutierte NATALI STEGMANN (Regensburg) die Konzeptionen des Demokratischen im Sozialismus. Aus ihrer Sicht standen sich Regime und Opposition keinesfalls unversöhnlich gegenüber. Auch für Vertreter der Charta 77 oder Intellektuelle im Umfeld der Solidarność sei Verteilungsgerechtigkeit ein zentrales Kriterium für eine demokratische Gesellschaft gewesen. Die Dissidenten wollten den sozialistischen Egalitarismus und eine sozialistische Wirtschaft erhalten, aber gerade die Unfähigkeit des Sozialismus, Verteilungsgerechtigkeit und materielle Güter sicherzustellen, habe das System infrage gestellt.

Die Tagung verlief kontrovers. Zwar widersprachen viele TeilnehmerInnen der Ansicht des britischen Soziologen Colin Crouch, wonach sich Europa im Verfallszustand einer Post-Demokratie befände. Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004. Doch sowohl darüber, was Demokratie ist und war, als auch wie sie zu analysieren wäre, ließe sich kein Konsens herstellen. Gerade von jüngeren ForscherInnen wurde gefordert, von einem normativen Demokratiebegriff abzurücken. Paul Nolte hielt dem entgegen, dass eine solche wertfreie Perspektive nicht möglich sei, man aber die Normativität der Demokratie bei der Analyse mitdenken müsse.

Das Konzept der Demokratie als soziale Praxis wurde von Martin Conway und Bernd Weisbrod als beliebig kritisiert, Demokratie erscheine so als allgegenwärtig und unaufhaltsam. In der Diskussion argumentierten Hedwig Richter und Till van Rahden dagegen, dass sich nicht nur die sozialistischen Länder als Volksdemokratien, sondern auch die Nationalsozialisten als die besseren Demokraten inszeniert und demokratische Praktiken wie das Wählen fortgeführt hätten, wenn auch unter Ausschluss oppositioneller und ethnischer Minderheiten. Diese Phänomene gelte es zu berücksichtigen, wolle man verstehen, was die Faszination des Demokratischen sei.

Trotz des sehr breit angelegten Tagungsprogramms wurden in den Diskussionen immer wieder Perspektivenerweiterungen eingefordert. Kapitalismus, Gewalt, Religion oder auch die Europäische Union seien in den weiteren Auseinandersetzungen mit dem Thema stärker zu berücksichtigen, wie THOMAS MERGEL (Berlin) in seinem Abschlusskommentar hervorhob. Zudem müsse eine klare analytische Trennung zwischen Demokratie als politischer Idee, als Herrschaft oder als Lebensform vorgenommen werden.

Ein gemeinsamer Begriff von Demokratie hätte vielleicht die Diskussionen fokussiert, doch scheint ein solcher derzeit nicht vorhanden zu sein. Die Vorschläge zur Entnormativierung des Demokratiebegriffs überzeugten ebenso wenig wie eine Beschränkung auf ideengeschichtliche Zugänge. Die historischen Analysen des 20. Jahrhunderts sind dabei, Selbstverständlichkeiten aufzulösen und dadurch neue Perspektiven zu eröffnen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Waren die europäischen Demokratien tatsächlich durch die Abwesenheit von Gewalt charakterisiert oder verschoben sie diese vielleicht in die peripheren Räume der Dritten Welt als strukturelle Gewalt? Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, 3. Aufl. Reinbek 1978. Lässt sich in einem globalen 20. Jahrhundert Demokratie nur ausgehend von Europa angemessen verstehen? Alle TeilnehmerInnen hätten sich in welchem Sinne auch immer als DemokratInnen bezeichnet und waren sich der Gefahren dieses Standpunktes bewusst. Doch sind wir so demokratisch, wie wir glauben, und welchen Einfluss hat das auf unsere Analysen? Die Neuvermessung unserer demokratischen Traditionen und unseres Handelns hat gerade erst begonnen.

Konferenzübersicht:

Sean Forner (East Lansing, Michigan / Berlin): Einführung

Plenum I. Vorträge

Moderation: Thomas Mergel (Berlin)

Martin Conway (Oxford): The Idea of Democracy in Western Europe, 1945-73

Paul Nolte (Berlin / München): Framing the Euro-Atlantic History of Democracy in the 20th Century: Some Considerations

Plenum II. Interventionen

Moderation: Thomas Mergel (Berlin)

Till van Rahden (Montréal / Köln): Clumsy Democrats: Forms, Style, and Passions in Postwar Germany

Michal Kopeček (Prag / Jena): Legacies of Dissidence in East-Central Europe: From Democratization to Post-Socialist Post-Democracy?

Paula Diehl (Berlin): Zum Verhältnis zwischen Populismus und Faschismus

Harald Bluhm (Halle): Gestaltwandel der Demokratie und dramaturgisches Handlungsmodell

Panel I. Rahmen

Moderation: Hannes Grandits (Berlin)

Marcus Payk (Berlin): Selbstbestimmung, Selbstregierung und Souveränität. Zum Zusammenhang von internationaler Politik und Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Celia Donert (Liverpool): Equality, Democracy, Socialist Internationalism: Women's Rights in Eastern Europe after 1945

Panel II. Räume

Moderation: Moritz Föllmer (Amsterdam)

Tim B. Müller (Hamburg): Legitimation durch Verwaltung. Wirtschaftspolitik und demokratischer Wohlfahrtsstaat in der Zwischenkriegszeit

Philipp Nielsen (Berlin): Democracy and Compromise: Budget Negotiations and the Expression of Legitimate Difference in West Germany in the 1950s and 1960s

Susanne Schregel (Weimar): "Alternative" Demokratie? Macht und Raum im alternativen Milieu (1977-1985) (BRD)

Panel III. Visionen

Moderation: Bernd Weisbrod (Göttingen)

Sean Forner (East Lansing, Michigan / Berlin): Managerialism and Mass Democracy: Intellectuals and Unions in 1950s Western Europe

Johannes Großmann (Tübingen): Vom Abendland zum Neokonservatismus. Transnationale Elitenzirkel und der Wandel konservativer Ordnungsvorstellungen in Westeuropa nach 1945

Natali Stegmann (Regensburg): Demokratie, Freiheit und Verteilung im Spätsozialismus (Beispiele aus Polen und der Tschechoslowakei)

Thomas Mergel (Berlin): Abschlusskommentar

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Daniel Münzner. Review of , *Democracy and Europe's 20th Century: Cultural and Intellectual Histories*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. June, 2013.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=39574>

Copyright © 2013 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.